



Europäische Kommission schlägt Maßnahmen für die Stahlindustrie vor *Antidumpingverfahren straffen und beschleunigen, bestehende Förderprogramme nutzen*

Die Europäische Kommission hat am 16.03.2016 eine Mitteilung mit dem Titel „Die Stahlindustrie: Erhaltung von dauerhaften Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum in Europa“ angenommen. Diese Mitteilung enthält eine Reihe von Vorschlägen, um die europäische Stahlindustrie vor dem Hintergrund weltweiter Überkapazitäten und unfairer Handelspraktiken zu schützen sowie in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Ein zentrales Element der Vorschläge sind Maßnahmen zum Schutz vor Dumpingimporten in die EU aus Drittstaaten, insbesondere aus China. So will die Kommission die Antidumpingverfahren straffen und beschleunigen. Beispielsweise will sie die Konsultationsverfahren mit den EU-Mitgliedstaaten vor dem Erlass vorläufiger Handelsschutzmaßnahmen verkürzen und optimieren. Ferner will sie ein Überwachungssystem („prior surveillance“) vorschlagen, um auf Einfuhrtrends besser und schneller reagieren zu können. Die Kommission fordert den Rat und damit die Mitgliedstaaten auf, das von ihr schon vor drei Jahren vorgelegte Reformpaket über handelspolitische Schutzinstrumente zügig zu verabschieden.

Auf bilateraler und multilateraler Ebene hat die Kommission ihre Bemühungen verstärkt, um das Problem der Überkapazitäten in der Stahlbranche anzugehen und um faire Wettbewerbsbedingungen im globalen Kontext herzustellen. Beispielsweise will die Kommission sich im Rahmen der sog. Stahlkontaktgruppen mit China und anderen Handelspartnern häufiger treffen, um Lösungswege für die krisenhaften Entwicklungen im Stahlsektor zu suchen. Im OECD-Stahlausschuss will die EU über den Abbau von Überkapazitäten durch strukturelle Anpassung beraten.

Mit Blick auf das Beitrittsprotokoll Chinas zur WTO im Jahr 2001 und die darin enthaltene Bestimmung über die Gewährung des Marktwirtschaftsstatus erinnert die Kommission an die von ihr eingeleitete öffentliche Konsultation (vgl. Wochenbericht vom

22.02.2016). Außerdem hat sie eine Folgenabschätzung in Auftrag gegeben, in der verschiedene Szenarien hinsichtlich der Auswirkungen auf Branchen und Beschäftigung durchkalkuliert werden. In Bezug auf das WTO-Beitrittsprotokoll und auf künftige Handelsschutzmaßnahmen gegenüber China erklärt die Kommission in der vorgelegten Mitteilung, dass „jede Entscheidung mit deutlichen Übergangsfristen und wesentlichen abmildernden Maßnahmen einhergehen muss.“

In den Verhandlungen über ein Investitionsabkommen mit China strebt die EU eine strenge Regelung für Subventionen an. Ferner will die Kommission in jedes Handelsabkommen ein Kapitel über Energie und Rohstoffe aufnehmen, in dem die Interessen der Stahlindustrie und anderer energieintensiver Branchen Berücksichtigung finden.

In ihrer Mitteilung verweist die Kommission auf die Notwendigkeit der Anlagenmodernisierung und technologischer Innovation. So könne der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI) höheres Risiko abdecken und damit auch die Stahlbranche bei Investitionen und Innovationen unterstützen. Außerdem würden Mittel aus Horizont 2020 und den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds auch für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der Stahlindustrie zur Verfügung stehen. Schließlich stellt die Kommission fest, dass die Stahlindustrie vom Forschungsfonds für Kohle und Stahl in Höhe von jährlich mehr als 50 Mio. Euro profitieren kann.

Innovationen würden nach Auffassung der Kommission nicht nur zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch zur Energieeffizienz und für die Anpassung an die Erfordernisse des Klimawandels beitragen. Die Kommission räumt ein, dass trotz des Übereinkommens von Paris das „Risiko von Wettbewerbsnachteilen“ bestehen bleibt. Daher, so die Mitteilung, spreche sich die Kommission dafür aus, „die kostenfreien Zertifikate so zu verteilen, dass

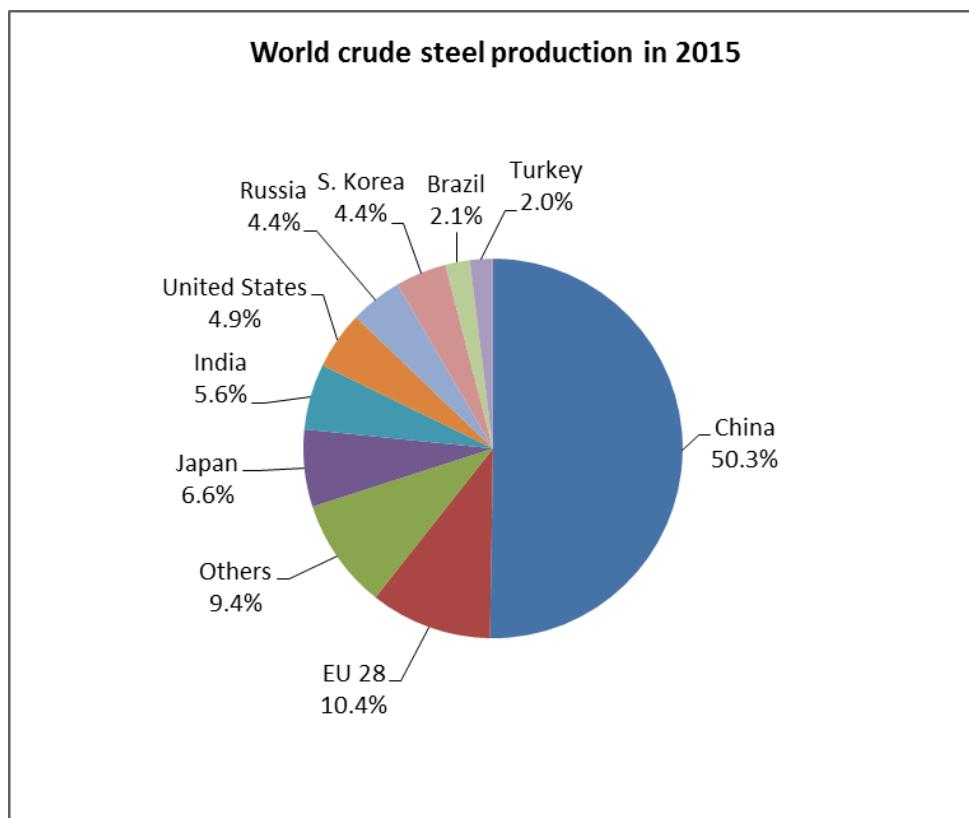
Die Landesvertretung Nordrhein-Westfalen in Brüssel informiert



energieintensive Branchen wie der Stahlsektor angemessen unterstützt und die erfolgreichsten Unternehmen weiterhin belohnt werden.“

In ihrer Mitteilung hebt die Kommission ferner die Bedeutung der Mitarbeiterqualifizierung, u.a. mit Hilfe des Europäischen Sozialfonds (ESF), hervor. Mit Blick auf die Vorschläge der Kommission zur Kreislaufwirtschaft legt die

Kommission dar, dass das Recycling von Rohstoffen die Produktionskosten und die Auswirkungen auf die Umwelt verringern kann. Nach Auffassung der Kommission sind die Herausforderungen für die Stahlindustrie ernst, könnten aber „im Geiste der loyalen Zusammenarbeit“ bewältigt werden. Allerdings dürfte keine Zeit verloren werden, um in Europa nachhaltiges Wachstum und dauerhafte Arbeitsplätze zu erhalten.



Quelle: http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-16-805_en.htm

Weiterführende Informationen:

<http://ec.europa.eu/DocsRoom/documents/15947>

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-804_de.htm